

Ökosozialer Steuerumbau in Österreich – unverzichtbar zur Erreichung der Ziele des Paris Abkommens

Tagung Universität Graz – CO₂ und Umweltsteuern
Graz 29. Mai 2019

Dipl. Ing. Dr. Heinz Kopetz, ENERGYPEACE, Mureck

Das aktuelle Steuersystem eines Landes ist das Ergebnis einer historischen Entwicklung. Der Staat hat immer versucht, eine Bemessungsbasis für die Besteuerung zu finden, die auf Dauer sichere und steigende Einkommen garantiert. Schon bald nach Beginn der Industrialisierung und der damit verbundenen wachsenden Zahl an Arbeitskräften kam daher die Arbeitskraft in den Fokus der Steuergesetzgebung. Daran hat sich in Österreich bis heute nicht viel geändert.

Die auf die Arbeitskraft bezogenen Steuern und Abgaben machen den Großteil des Steueraufkommens aus. Im Jahr 2016 erreichten die Steuern und Abgaben 151,5 Mrd. Euro, davon entfielen annähernd 107 Mrd., das sind etwa 70%, auf überwiegend arbeitsbezogene Abgaben.¹ (Sozialbeiträge, Lohnsteuer, Einkommensteuer, Steuern auf Lohnsumme, ohne arbeitsbezogener Teil der Mehrwertsteuer). Die Energiesteuern (Mineralölsteuer, Energieabgaben) brachten 5,2 Mrd. Euro, das ist 3,4% des gesamten Abgabenaufkommens.

Die geringe Besteuerung des Energieeinsatzes und der Ressourcen begünstigt ein Wirtschaftssystem mit einem ständig wachsenden Material und Energiedurchsatz. Diese Entwicklung ist in einem begrenzten System, wie es unser Planet Erde darstellt, nicht nachhaltig und führt zur Störung lebenswichtiger Stoffkreisläufe der Natur. Dies zeigt sich besonders deutlich am natürlichen Kohlenstoffkreislauf.

In einem ersten Schritt wird daher in diesem Beitrag vorgeschlagen, CO₂ fossilen Ursprungs als Hauptverursacher des Klimawandels stärker zu besteuern und Abgaben und Steuern zu senken, die auf die Arbeitskraft bezogen sind. In weiteren Schritten sollte ein tiefgreifender Umbau der Bemessungsgrundlagen für das Steueraufkommen erfolgen, in der Form, dass personenbezogene Abgaben weiter gesenkt und Abgaben auf Stoffkreisläufe und alle fossile Energieströme, auch im Flug- und Schiffverkehr, eingeführt und weiter erhöht werden.

Der natürliche Kohlenstoffkreislauf

Das Kohlenstoffmolekül bewegt sich im Kreislauf zwischen den großen Kohlenstoffdepots, das sind die Atmosphäre, die Biosphäre und die obere Wasserschicht der Ozeane. Im Mittelpunkt dieses Kreislaufes stehen die grüne Pflanze und die Algen. Mittels der Photosynthese holen sich die Pflanzen den Kohlenstoff für den Aufbau der Pflanzenmasse in Form von CO₂ aus der Atmosphäre und die Algen aus den oberen, von Sonnenlicht durchfluteten Schichten der Wasserflächen.

Die Blätter der Pflanzen fungieren wie Mini-Chemiefabriken, die CO₂ aus der Luft absorbieren, in Kohlenstoff und Sauerstoff spalten, den Sauerstoff zurück an die Atmosphäre geben, und das Kohlenstoffmolekül mit dem Wasserstoff, den sie aus der Hydrolyse von Wasser gewinnen, kombinieren. So entstehen alle Kohlenwasserstoffe, die wir zum Leben brauchen wie Glukose, Stärke, Fette, Eiweißstoffe, Zellulose usw. Die Leistungsfähigkeit der Photosynthese ist so groß, dass

die globale Vegetation in weniger als zehn Jahren den gesamten Kohlenstoffvorrat der Atmosphäre absorbieren könnte.

Doch der Kohlenstoff bleibt nicht in der organischen Substanz. Er wird wieder an die Atmosphäre zurückgegeben durch die Oxydation der Biomasse, durch Atmung, durch biologischen Abbau. Über die letzten 10 000 Jahre war dieser Rückfluss an Kohlenstoff in die Atmosphäre etwa gleich groß wie die C-Aufnahme durch die Photosynthese und trug dazu bei, dass sich der CO₂ Gehalt der Atmosphäre bei 0,028 Prozent (280ppm) einpendelte, das galt zumindest bis vor 150 Jahren.²

Der Energiestrom Sonne – Erde

Dieser Kohlenstoffkreislauf braucht große Mengen an Energie. Diese Energie kommt von der Sonne. Die Sonnenstrahlung wird in der Pflanzenmasse in Form chemischer Energie gespeichert. Diese Energie steht den Menschen und Tieren in den Nahrungs- und Futtermitteln zur Verfügung. Durch die Verdauung wird Energie und CO₂ freigesetzt; auf diese Weise sind auch die Lebewesen Teil des natürlichen Kohlenstoffkreislaufes.

Die Sonne strahlt mehr als 10 000 Mal so viel Energie auf die Erde ein als der kommerzielle Energieverbrauch. Die Photosynthese benötigt nur einen kleinen Teil davon, ein bis zwei Prozent und auch diese Energie wird durch den Abbau der organischen Substanzen wieder frei. Nur wenn der Rückfluss an Energie von der Erde in das Weltall gleich groß ist wie der Zufluss an Sonnenenergie kann es auf Dauer stabile Temperaturen geben. Dieser Rückfluss an Wärmeenergie in das All hängt von der Zusammensetzung der Atmosphäre ab.

Die Atmosphäre und ihre Spurengase

Die Atmosphäre der Erde besteht zu 99,93% aus drei Gasen: 78,1% Stickstoff, 20,9% Sauerstoff und 0,93% Argon. Die Spurengase wie CO₂, CH₄, SO₂ und geringe Mengen anderer Gase und Aerosole machen nur 0,07% aus.

Die Hauptbestandteile der Atmosphäre – Stickstoff, Sauerstoff, Argon - lassen die Sonnenstrahlen ebenso ungehindert auf die Erde einfallen wie die Wärmestrahlen wieder zurück in das Weltall fließen. Ganz anders die Funktion der Spurengase. Sie lassen auch die Sonnenstrahlen auf die Erde durch aber sie absorbieren einen Teil der rückfließenden terrestrischen Infrarotstrahlung. Sie sind daher entscheidend für die Regelung der Erdtemperatur und dafür verantwortlich, dass in den letzten Jahrtausenden die Durchschnittstemperatur der Erde um einen Mittelwert von 15°C schwankte; ohne Spurengase wäre es um 33°C kälter also minus 18° gewesen.

Das wichtigste Spurengas ist CO₂. Kohlenstoff ist daher in der Form von CO₂ nicht nur der wichtigste Pflanzennährstoff sondern spielt als CO₂ Molekül in der Atmosphäre auch eine entscheidende Rolle in der Temperatursteuerung auf der Erde.

Der gestörte Kohlenstoffkreislauf

Dieser natürliche Kohlenstoffkreislauf hat sich über Jahrmilliarden entwickelt und die gesamte Erdgeschichte entscheidend beeinflusst. Er wird seit Beginn der Industrialisierung gestört. Durch die Nutzung von Kohle, Öl und Gas kommt zusätzlich CO₂ in die Atmosphäre. Dies hat bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts wegen der geringen Mengen keine besondere Rolle gespielt. Doch das hat sich in den letzten Jahrzehnten drastisch verändert. Zuletzt, 2018, wurden durch die Verbrennung von Öl, Gas und Kohle 10,1 Milliarden Tonnen Kohlenstoff von der Erdkruste in die Atmosphäre verfrachtet, um 2,7% mehr als 2017!³ Die natürlichen Kohlenstoffsinken wie die Ozeane und die

Vegetation können diese Mengen nicht aufnehmen und daher steigt die CO₂ Konzentration in der Atmosphäre immer weiter an, zuletzt, im Mai 2019 auf 0,0415 % (415ppm)⁴.

In 150 Jahren ist somit die Menge des wichtigsten Spurengases um 48% gestiegen. Damit greift die Menschheit auf massive Weise in einen lebensentscheidenden globalen Stoffkreislauf ein mit der Folge, dass sich der Energiezufluss und Rückfluss zwischen Sonne, Erde und Weltall verändern. Angesichts der riesigen Energiemenge, die von der Sonne auf die Erde einströmt, bedeutet dieser Eingriff, dass sich auf der Erde ein neues, höheres Temperaturniveau einpendeln wird. Die Temperatur wird solange steigen, bis Energiezufluss und Rückfluss wieder im Gleichgewicht sind. Ob dieses neue Temperaturniveau um 1°, 2° oder 5°C höher sein wird als das bisherige, hängt vom Verhalten der Menschen in den kommen Jahren ab.

Die internationale Reaktion auf diese Störung des Kohlenstoffkreislaufes

Diese Zusammenhänge sind der Wissenschaft und auch den politischen Entscheidungsträgern seit Jahrzehnten bekannt. Schon 1988 haben die Industriestaaten in Toronto beschlossen, die CO₂-Emissionen um 20% bis 2005 zu senken, um den weiteren Anstieg des CO₂ Konzentration in der Atmosphäre zu bremsen; damals war diese Konzentration bei 340 ppm und man war der Ansicht, man müsse alles unternehmen, um diese Konzentration unter 400 ppm zu halten.

Die Beschlüsse von Toronto wurden nicht eingehalten. Im Jahre 1997 folgte ein weiterer Beschluss, in Kyoto, zur Senkung der Emissionen der entwickelten Länder. Die Konzentration in der Atmosphäre lag 1997 schon bei 370ppm. Doch auch nach Kyoto stiegen die CO₂ Emissionen weiter, sodass die CO₂ Konzentration in der Atmosphäre 2014 erstmals den Wert von 400ppm überschritt – das war ein Jahr vor der Klimakonferenz von Paris. In Paris wurde schließlich beschlossen, den Temperaturanstieg auf 1,5° bis 2°C zu beschränken.

Doch die Emissionen nehmen immer noch zu. Jetzt hat die CO₂ Konzentration eine Höhe erreicht, die jene Schwelle weit übersteigt, die man vor 40 Jahren als unvereinbar mit dem damals vorherrschenden Klima ansah. Jetzt stehen wir am Kippunkt. Eine Stabilisierung und spätere Senkung der CO₂ Konzentration in der Atmosphäre kann nur gelingen, wenn die Welt um 2020 beginnt, die Emissionen drastisch zu senken und vor 2050 aus der Nutzung fossiler Energien überhaupt aussteigt. Genau das hat die weltweite Staatengemeinschaft in Paris beschlossen; die Industrieländer haben sich verpflichtet, in diesem Prozess eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Im Paris Vertrag Art 4 Abs. 4 heißt es:

„Die Vertragsparteien, die entwickelte Länder sind, sollen weiterhin die Führung übernehmen, indem sie sich zu absoluten gesamtwirtschaftlichen Emissionsreduktionszielen verpflichten“⁵.

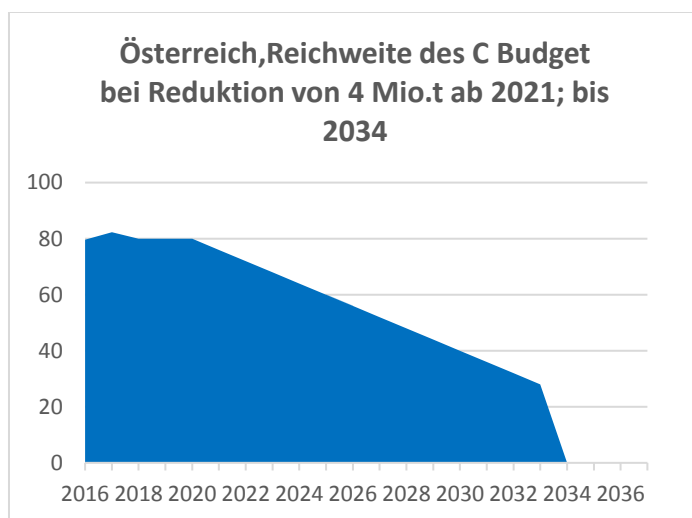
Aus der Zielvorgabe des Paris Abkommens ergibt sich die Kohlenstoffmenge, die weltweit zwischen 2017 und 2050 noch emittiert werden darf. Diese Menge – das globale CO₂ Budget - wurde mit 700Gt ermittelt⁶. Daraus lässt sich unter Hinweis auf Art. 4 Abs. 4 des Vertrages ableiten, dass die Industrieländer schon vor 2040 weitgehend aus den fossilen Energieträgern aussteigen müssen, um dem Paris Abkommen zu entsprechen⁷. Oder wie Prof. Schellnhuber formuliert: „Wir brauchen eine Trendumkehr und eine Halbierung der CO₂ Emissionen pro Dekade“⁸.

Die internationale Klimapolitik ist eine Politik von 30 Jahren nicht genutzter Chancen. Jetzt gebietet die ökologische Situation eine besondere Dringlichkeit im Handeln. Diese wird in öffentlichen Diskussionen oft übersehen.

Die Situation in Österreich

Die Republik Österreich hat bei den drei internationalen Klimakonferenzen (Toronto 1988, Kyoto 1997, Paris 2015) mitbeschlossen, die Treibhausgasemissionen deutlich zu senken, doch keine dieser Verpflichtungen wurde erfüllt. Im letzten Berichtsjahr, 2017, mit waren die Emissionen mit 82,3 Mio.t deutlich höher als 1990, dem Bezugsjahr für internationale Vereinbarungen und sie sind seit 2015 sogar wieder gestiegen⁹⁾. Dies ist besonders gravierend, weil mit dem aktuellem Emissionsniveau das verfügbare Kohlenstoffbudget, das für Österreich eine Größe von 984 Mio.t. für die Periode von 2017 bis 2050 umfasst, schon vor 2030 aufgebraucht wäre. Ein Festhalten am aktuellen Emissionsniveau würde bedeuten, dass Österreich im Sinne des Paris Abkommens ab 2031 keine fossilen Energieträger mehr verwenden dürfte. Das ist praktisch undurchführbar. Ohne neue Lenkungsmaßnahmen jetzt wird Österreich das Paris Abkommen nicht einhalten und zu einer Erwärmung von weit über 2°C beitragen!

Die Chance, das Paris Abkommen zu erfüllen, bleibt nur gewahrt, wenn Österreich sofort also 2019. 2020 Rahmenbedingungen schafft, die einen jährlichen Rückgang der Emissionen um zumindest 5%, also um 4 Mio.t. sicherstellen.



Qu.: Graphik ENERGYPEACE

Die Graphik zeigt, dass selbst dann das Budget schon 2034 aufgebraucht wäre.

Die Klima- und Energiestrategie 2018 – mission 2030

Die im Jahre 2018 von der Regierung beschlossene Klima- und Energiestrategie „mission 2030“ entspricht nicht den Vorgaben des Abkommens¹⁰⁾. Weder die Ziele entsprechen den Vorgaben des Paris Abkommens und die Maßnahmen reichen nicht einmal, um die zu geringen Ziele zu erreichen. Österreich braucht eine neue Klima- und Energiestrategie, die auf den Erkenntnissen der Wissenschaft und den Vorgaben des Paris Abkommens basiert. Mit den bisher in Österreich eingesetzten Instrumenten ist der dazu notwendige Rückgang der Emissionen nicht erzielbar.

Diese Fakten sind jenen bewusst, die sich mit diesen Fragen näher befassen und führen zur Frage der Verantwortung für das Gemeinwohl in der Zukunft. Dabei ist zu beachten, dass die Hauptverantwortung für die Klima- und Energiepolitik bei den Nationalstaaten liegt, denn sie allein haben die Kompetenz, notwendige ordnungspolitische Maßnahmen zu beschließen. Natürlich ist

auch ein internationaler Rahmen notwendig. Die Staatengemeinschaft hat mit dem Vertrag von Paris diesen Rahmen vorgegeben. Wer jetzt argumentiert, diesen Vertrag nicht zu erfüllen, solange dies auch andere Länder nicht tun, handelt gegen die ethischen und rechtlichen Grundsätze unserer Gesellschaft.

Ein weiterer Einwand gegen die strikte Umsetzung des Paris Abkommens besteht in dem Hinweis auf die wirtschaftlichen Nachteile, die sich aus der Einhaltung des Vertrages ergeben. Abgesehen davon, dass dieses Argument nicht stimmt wie einige Länder etwa Schweden vorzeigen, wird übersehen, dass ein Festhalten am fossilen Energiesystem und die damit verbundene weitere massive Störung des Kohlenstoffkreislaufes und des Energiehaushaltes Sonne – Erde - All dazu führen, dass in diesem Jahrhundert die Grundlagen unseres ökonomischen Systems zerstört werden. Diese wirtschaftlichen Nachteile, die auf die kommenden Generationen zukommen, sind um ein Vielfaches größer als die Kosten einer Energiewende jetzt. Dazu kommt, dass die Schäden und auch die Umstellungskosten umso größer werden, je länger wir zuwarten.

Die Einsicht in diese Zusammenhänge hat in den USA zu einer intensiven Diskussion zum Thema „New economics for climate change“ geführt. So sagt M. Mazzucato „A Green New Deal should create new opportunities for investment, so that growth and sustainability move hand in hand“⁹⁾. Nach meiner Ansicht sollte der ökosoziale Steuerumbau die Basis für diesen neuen grünen Aufschwung liefern.

Die ökosoziale Steuerreform

Die naturwissenschaftlichen Fakten, die Struktur des Steueraufkommens in Österreich und die bisherige Performance Österreichs in der Klimapolitik unterstreichen, dass Österreich das Paris Abkommen nur erfüllen kann, wenn jetzt ein ökosozialer Steuerumbau als Schlüsselmaßnahme der notwendigen Energiewende beschlossen wird.

Die Dringlichkeit wird noch unterstrichen durch die seit 2014 im Schnitt um 50% gesunkenen Rohölpreise. Die tiefen Rohölpreise und in der Folge Gaspreise führen in unserem marktwirtschaftlichen System zu einer erhöhten Nachfrage nach fossilen Energien und damit zu steigenden Emissionen.

Graphik 1: Preise je Fass Rohöl in Dollar/Fass von 2014 bis Juni 2019



Quelle: 10

Um die Diskussion zu konkretisieren hat ENERGYPEACE einen einfachen und konkreten Vorschlag für den ersten Schritt eines solchen Steuerumbaus ausgearbeitet. Der Vorschlag zielt darauf ab, rasch

starke Anreize zur Verminderung der CO₂ Emissionen zu schaffen. Die Grundsätze für diesen Vorschlag:

- Ausreichende Lenkungswirkung und dies möglichst rasch
- Sozial ausgewogen
- Aufkommensneutral
- Wirtschaftsfreundlich
- Einfache Administration

Im Hinblick auf die Dringlichkeit, rasch ausreichende Anreize für den Ausstieg aus den fossilen Energien zu setzen, darf die Höhe der CO₂ Steuer nicht zu gering sein. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass es durch die Einführung keine sozialen Härten gibt und die Abgabenbelastung insgesamt nicht erhöht wird. Der Vorschlag gliedert sich daher in zwei Teile, nämlich

- a) steuerliche Entlastung und
- b) Finanzierung - Aufbringung der Mittel.

a) ENTLASTUNG:

Klimabonus von 200 Euro jährlich pro Person
Senkung der Lohnnebenkosten um einen Prozentpunkt
Sonderregelungen für sensible Bereiche (Exportindustrie, Landwirtschaft, Pendler)

Der Vorschlag sieht vor, dass jede Person mit Hauptwohnsitz in Österreich, unabhängig vom Alter, einmal im Jahr einen Klimabonus von 200,00 Euro ausgezahlt erhält. Also ein Haushalt mit vier Personen einen Betrag von 800,00 Euro im Jahr. Dadurch sollen höhere Kosten beim Einkauf von Gas, Öl oder Treibstoffen ausgeglichen werden.

Unternehmer sollen eine Senkung der Lohnnebenkosten um einen Prozentpunkt erhalten. Für sensible Bereiche wie die Industrie im ETS Bereich (ETS = emission trading system), für die Landwirtschaft und für Pendler soll es Sonderregelungen geben. Die Industrie im ETS Bereich soll von der Steuer voll ausgenommen werden, die Landwirtschaft, die auf den Agrarmärkten im Wettbewerb mit allen anderen Ländern steht, soll einen Ausgleich für die erhöhten Treibstoffkosten erhalten bis ein Konzept zur Umstellung auf Biotreibstoffe zur Anwendung kommt; für die Pendler wird eine spezifische Förderung der E-Mobilität in Verbindung mit der Photovoltaik vorgeschlagen.

b) FINANZIERUNG.

Durch eine Klimaschutzabgabe von 100 Euro je Tonne CO₂ Emission zusätzlich zu bestehenden Steuern (Verbrauchssteuern, Mehrwertsteuer) sollen die Mittel für obige Maßnahmen aufgebracht werden. Das bedeutet: flüssige Energieträger zahlen eine Klimaabgabe von 27 Cent/Liter, gasförmige 19,2 Cent je Kubikmeter, jeweils ohne Mehrwertsteuer gerechnet.

Die administrative Umsetzung ist denkbar einfach und kann durch Einrechnung in die bestehenden Energieabgaben erfolgen. Die Industrie im Emissionshandel wird ausgenommen

Tab. 1: Eckdaten für das ENERGYPEACE Modell

Gegenstand	Einheit	Betrag
CO ₂ Emissionen	Mio.t	69
Bevölkerung	Mio.	8,9
Agrarfläche (Acker, Spezialkulturen, Grünland, intensiv genutzt)	Mio. ha	2,0
Lohnnebenkosten	Mio. Euro	140
CO ₂ Emissionen, Industrie im ETS	Mio.t.	22
CO ₂ Emissionen, Kraftwerke im ETS	Mio.t.	9

Ausgehend von diesen Eckdaten wurden die erwarteten Einnahmen und Ausgaben ermittelt. Die Einnahmen ergeben sich aus den 69 Mio. t CO₂ Emissionen multipliziert mit dem Wert von 100,00 Euro je Tonne CO₂, das macht daher 6,9 Mrd. Euro – das müssen reine Bundesabgaben sein, da auch die Refundierung vom Bund finanziert wird. Dazu kommen zusätzliche Mehrwertsteuereinnahmen, die nach dem Schlüssel im Finanzausgleich aufgeteilt werden. Die Verwendung der Einnahmen ist aus der Tabelle 2 ersichtlich.

Tab. 2: Finanzübersicht für das ENERGYPEACE Modell

Gegenstand	Betrag Mio. Euro
200 Euro Klimabonus	1 800
Senkung Lohnnebenkosten um ein Prozentpunkt	1 450
Ausnahme Industrie im ETS	2 200
Rückerstattung Landwirtschaft	90
Pendlerunterstützung (E –Mobilität komb. mit PV)	140
Unvorhergesehenes	1 550
Summe, Ausgaben	7 230
CO ₂ Steuer, 100 Euro/t	6 900
Mehrwertsteuer, Endverbraucher	330
Summe Einnahmen	7 230

Die Einnahmen sollen zum größten Teil an die Haushalte und die Wirtschaft direkt refundiert werden ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand. Die Reserve von 1 550 Mio. Euro dient in erster Linie dazu, erwartete Einnahmerückgänge durch den Rückgang der Emissionen auszugleichen.

Die Frage, ob ein solcher Umbau in einem Schritt oder verteilt über einige Jahre eingeführt wird, sollte im politischen Raum entschieden werden. Entscheidend ist jedenfalls, dass mit Beginn der Einführung der weitere Fahrplan beschlossen wird, sodass alle Investoren – Haushalte wie Unternehmen- wissen, welche Steuersätze in den kommenden Jahren gelten.

Der Vorschlag ist so konzipiert, dass die Preise fossiler Energien nach Einführung wieder ähnlich hoch wären wie 2014, vor dem Rückgang der Rohölpreise, mit dem Unterschied, dass jetzt alle einen Ausgleich bekommen (Klimabonus, Senkung der Lohnnebenkosten), den es vor 2014 nicht gab.

Das bestehende Steuersystem wird als Ausgangspunkt genommen und dazu die CO₂ Steuer hinzugefügt. Das ist eine pragmatische Vorgangsweise ähnlich wie in Schweden; dort hat man die ursprünglichen Verbrauchssteuern (MÖSt, Erdgasabgabe etc.) als Energieabgabe bezeichnet und dazu neu die CO₂ Abgabe eingeführt. Endverbraucher zahlen daher dann die Mehrwertsteuer von dem Rohstoffpreis, der Energiesteuer und der CO₂ Steuer.

Natürlich gibt es auch andere Denkansätze, die auf eine einheitliche generelle CO₂ Besteuerung hinauslaufen. Dies wird hier nicht vorgeschlagen aus zwei Gründen: es würde zum Teil sehr starke Preiserhöhungen auslösen, etwa bei Heizöl oder Erdgas und damit die Akzeptanz des Konzeptes gefährden und zum anderen, weil auch die Besteuerung der Energieströme auf Dauer notwendig sein wird, unabhängig von der CO₂ Emission; denn wenn einmal die fossilen Energien gegen Null reduziert sind, wird auch der Energieeinsatz auf Basis erneuerbarer Energien eine wichtigere Bemessungsbasis für das Steueraufkommen, das gilt besonders auch für die Elektrizität. Allerdings bevor es soweit ist, gilt es alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Einnahmen aus der Nutzung fossiler Energien zu erhöhen: durch Streichung der Subventionen für fossile Energien, durch Einbeziehung des Flugverkehrs durch eine höhere Ticketabgabe in Österreich, und durch Einbeziehung des Flugtreibstoffes - das erfordert allerdings eine Einigung auf europäischer Ebene und die kann lange dauern.

Erwartete Effekte

Die Durchrechnung von Einzelbeispielen zeigt folgendes Ergebnis: Haushalte mit geringem Einkommen und geringem Energieverbrauch werden durch den Vorschlag nicht belastet sondern haben in der Regel finanzielle Vorteile; Haushalte dagegen, die große Mengen fossiler Energie verbrauchen – Beispiel: große Häuser mit Öl oder Gas geheizt, große Autos - haben nach dem Steuerumbau höhere Ausgaben als derzeit und damit auch einen Anreiz, auf erneuerbare Energien umzusteigen oder einfach zu sparen.

Der besondere Vorteil des Steueransatzes liegt darin, dass alle Konsumenten und Produzenten erfasst werden und klare ökonomische Anreize zu besserer Effizienz, zu mehr Sparen und zum Umstieg auf erneuerbare Energien erhalten, und das ohne bürokratischen Aufwand. Dies ist mit Förderprogrammen allein nicht möglich, abgesehen von den fehlenden budgetären Mitteln.

Wie wichtig ein solch umfassendes Konzept ist, zeigt ein Blick auf die Vorgaben des Paris Abkommens. Dessen Einhaltung erfordert eine Reduktion der Emissionen um 20 Mio.t bis 2025 und um mindestens 40 Mio.t bis 2030.

Ein besonderer Effekt des Steuerumbaus wird im Verkehrsbereich und in der Wärmeversorgung erwartet. Der „Tanktourismus“ würde teilweise wegfallen - das ist in der Einkommensrechnung berücksichtigt – es würde wieder weniger gefahren und der Anreiz, sparsamere Autos zu kaufen, würde steigen. Im Wärmesektor würde die fossile Energie flächendeckend gegen die erneuerbare Energie an Wettbewerbsfähigkeit verlieren.

Wie entscheidend diese generelle Lenkungswirkung eines Steuerumbaus ist, zeigt die folgende Tabelle. Hier wird die erwartete Reduktion der Emissionen gemäß der Klima- und Energiestrategie der Regierung den Vorschlägen gegenübergestellt, die ENERGYPEACE in einer eigenen Publikation für eine zukunftsweisende Klima- und Energiestrategie für Österreich 2018 präsentiert hat ¹¹⁾. Die Schlüsselmaßnahme in dieser Publikation ist der Steuerumbau.

Tab. 3: geschätzte CO₂ Einsparung 2025 gegenüber 2019 in Mio.t CO₂e

	aktuelle Klima- und Energiestrategie	Vorschläge Energypeace
100 000 Dächer PV	0,3	
E Mobilität , 125 000 Einheiten	0,2	
Wasserstoffstrategie	0,0	
alle anderen Maßnahmen	2,5	
Steuerumbau		10,0
beschleunigter Ökostromausbau, Schließung der Kohlekraftwerke		4,0
Maßnahmenbündel ENERGYPEACE (z: Bsp. Bioethanol 10% Beimischung, Reduktion der Öl- und Gasheizungen um ein Viertel, Umstellung Fernwärme auf ern. Energie, Effizienzinitiative, etc. ¹¹⁾		6,0
Summe	3,0	20,0

Die Tabelle 3 beruht auf Schätzungen von ENERGYPEACE; sie zeigt mit aller Deutlichkeit, dass mit der Regierungsstrategie die Vorgaben des Paris Abkommens nie erreicht werden können.

Die vorgeschlagene Halbierung der Emissionen bis 2030 erfordert einen Rückgang der fossilen Energien um 50% und gleichzeitig die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien auf über 60%. Auf diese Weise würden jährlich fünf bis sieben Milliarden Euro an Devisenausgaben für Energieimporte wegfallen und Strafzahlungen in Milliardenhöhe wegen Verfehlung der europarechtlich vorgegebenen Reduktionsziele eingespart.

Die Gegenargumente

Trotz dieser erdrückenden Argumente wurde bisher ein Steuerumbau nicht in Angriff genommen. Einige Argumente gegen den Steuerumbau seien kurz erwähnt.

Argument 1: Österreich ist in der Klimapolitik ohnehin führend!

Dieses Argument war vor 30 Jahren zutreffend, heute leider nicht mehr. Österreich hat in diesen 30 Jahren seine führende Rolle verloren und zählt bei wichtigen Indikatoren zur Klimapolitik mittlerweile zum letzten Drittel in Europa. Das Argument stimmt daher nicht.

Argument 2: Das geht nur auf EU Ebene.

Das ist schlichtweg falsch. Länder wie Schweden, Frankreich, Großbritannien, auch die Schweiz zeigen, dass rasch nur nationale Lösungen möglich sind. Auf EU Ebene gilt in Steuerfragen Einstimmigkeit und es besteht keine Chance, dass sich alle Länder auf einen Energiesteuervorschlag einigen, der zu einer ausreichenden Senkung der Emissionen führt. Zu unterschiedlich sind die Interessen und die Gegebenheiten der EU-Länder. Wer daher die Steuerlösung auf die EU-Ebene abschiebt, sollte ehrlicherweise gleich sagen, dass er die höhere Besteuerung fossiler Energien ablehnt und damit zufrieden ist, dass die Langsamsten in Europa das Tempo bestimmen. So werden die Klimaziele sicher verfehlt.

Argument 3: Ökoabgaben wirken nicht.

Auch dieses Argument ist falsch. Länder, die solche Abgaben einführten, haben eine deutliche Senkung der Emissionen erreicht – Beispiel Frankreich, Schweiz, Schweden, Großbritannien – während Länder, die auf dem Konzept der Niedrigsteuern für fossile Energien beharren wie bisher Österreich, keine dauerhafte Senkung der Emissionen erreichen.

Argument 4: CO₂ Abgaben gefährden die Staatsfinanzen.

Dieses Argument ist richtig, wenn es keine längerfristig geplante Gesamtstrategie zur Sicherung des Steueraufkommens gibt. Kurzfristig wird diesem Einwand in dem Vorschlag Rechnung getragen, dass eine Reserve eingeplant ist, die einen Rückgang der Einnahmen bis zu 20% kompensiert. Längerfristig ist die Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben zu sichern durch eine mögliche Erhöhung der Hebesätze – diesen Weg ging Schweden in den letzten zwei Jahrzehnten – durch die Ausweitung der Bemessungsgrundlage, durch Wegfall von Förderungen und Steuerprivilegien für fossile Energien und auch durch Reduktion der Ausgaben.

Zusammenfassung

Eine erfolgreiche Klimapolitik basiert auf den Ergebnissen und Erkenntnissen der modernen Naturwissenschaft und der Anerkennung der ökonomischen Gesetze von Angebot und Nachfrage.

Der Anstieg des wichtigsten Spurengases CO₂ um fast 50% stellt eine existenzielle Bedrohung für die kommenden Generationen dar. Und dieser Anstieg wird von den Menschen durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas verursacht und nicht von außerirdischen Kräften. Der Einfluss der Menschheit auf den aktuellen Klimawandel ist unbestritten.

Der Hauptgrund für diesen Anstieg ist das aktuelle, fossile Energiesystem. Durch die gesunkenen Energiepreise, nominell und noch stärker real, steigen der Verbrauch und damit die Emissionen – in Österreich aber auch weltweit.

Das Abkommen von Paris, das die letzte Chance für die Verhinderung einer unkontrollierbaren, weiteren Erwärmung bietet, erfordert, dass die Industrieländer binnen 20 Jahren ein Energiesystem weitgehend ohne fossile Energien aufbauen. Die wichtigste Maßnahme für diese tiefgreifende Transformation des Energiesystems ist der Umbau des Steuersystems im Sinne einer höheren Besteuerung des CO₂ in Verbindung mit dem raschen Ausbau der erneuerbaren Energien wie Windenergie, PV, Wasserkraft und Biomasse.

Dieser Umbau ist extrem dringlich. Denn seit Toronto vergingen 31 Jahre ohne wirksame Maßnahmen gegen den Anstieg der CO₂ Konzentration. Jetzt muss sofort gehandelt werden, 2019, 2020, um die Weichen zu einem raschen Rückgang der Emissionen zu stellen.

Die Wissenschaft ist besorgt, weil ein Fortsetzen der aktuellen Politik zum Überschreiten von Kipppunkten führen wird mit abrupten, irreversiblen Änderungen der Lebensumstände für viele Menschen. Ein Beispiel für einen solchen Kipppunkt ist das Abschmelzen des Grönlandeises. Das kann noch in diesem Jahrhundert eintreten, wenn die Politik den Vorstellungen der Klimaleugner folgt. Die Folge wäre ein Anstieg des Meeresspiegel um 5 bis 7 Meter und damit verbunden das Untergehen zahlreicher Küstenstädte. Ein anderes Beispiel ist das beschleunigte Auftauen der Permafrostböden in Sibirien, in Alaska, im Norden Kanadas und Chinas. Dieser Prozess setzt zusätzliche Mengen an CO₂ und Methan frei und beschleunigt im Sinne einer Rückkoppelung die Erwärmung¹⁴.

Im Blick auf diese größeren Zusammenhänge ist der Umbau des Steuersystems unverzichtbar und überfällig. Denn ohne diesen Umbau jetzt scheitert die Klimapolitik endgültig und Österreich würde überdurchschnittlich stark, gemessen an seiner Größe, zur weiteren Erwärmung beitragen.

Literatur:

- 1) <https://www.agenda-austria.at/steuern-abgaben-oesterreich/> 1. Juni 2019
- 2) [Kopetz, H.G. Nachhaltigkeit als Wirtschaftsprinzip. Agrarverlag. Wien. 1991](#)
- 3) [Global carbon project. https://www.scinexx.de/news/geowissen/co2-ausstoss-steigt](https://www.scinexx.de/news/geowissen/co2-ausstoss-steigt) 4.6. 2019
- 4) <https://de.co2.earth/daily-co2> Laouana 4. Juni 2019
- 5) [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:22016A1019\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:22016A1019(01)) 4.6. 2019
- 6) [„Das Treibhausgas-Budget für Österreich“ . Lukas Meyer, Karl Steininger. Wissenschaftlicher Bericht 72-2017. Wegener Center –Uni Graz. Oktober 2017.](#)
- 7) <https://www.heise.de/tp/features/CO2-Ausstoss-muss-spaetestens>
- 8) [Schellnhuber, H.J. „Wir sind sowieso im falschen Film“ in Die Presse, Feuilleton. Seite 25. Wien, 9. Mai 2019.](#)
- 9) [„Austria’s Annual Greenhouse Gas Inventory 1990 – 2017 – Zusammenfassung. Umweltbundesamt. REP - 0672. Vienna. 2019.](#)
- 10) [Mission 2030. Die österreichische Energie- und Klimastrategie. BMNT, BMVIT, Wien. Mai 2018.](#)
- 11) [David Rotman. New economics for climate change. In MIT Terchnology Review. The climate issue. May-June 2019. Page 20. Cambridge, MA 02142, USA.](#)
- 12) <https://www.raiffeisen.at/schauplatzboerse/996110063741329502-99611> 4. Juni, 2019.
- 13) [Zukunftsweisende Klima- und Energiestrategie für Österreich als Grundlage für die Umsetzung der Klima- und Energiewende in Österreich. ENERGYPEACE. Mureck. Steiermark 2018.](#)
- 14) <https://www.dw.com/de/klimawandel-gefahr-durch-tauenden-permafrost-in-sibirien/a-46628132> am 11.6.2019